



Polen - Pressespiegel 48/2025 vom 27.11.2025

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- 60. Jahrestag des Briefes polnischer Bischöfe an deutsche Bischöfe. Es wird kein politisches Wunder geben
- AfD-Politiker: Die Polen seien die „Afroamerikaner Europas“. In Polen ein Sturm der Entrüstung, in Deutschland kennt ihn niemand
- Wie Polen in Deutschland sich in die extreme Rechte verliebten: „Sie werden uns nichts tun“
- Ist das noch ein hybrider Krieg? Russland hat gerade eine weitere Grenze überschritten
- Sikorski im Sejm: Der russische Militärgesamtdienst GRU heuert regelmäßig unter falscher Flagge Söldner an. Es handelte sich um einen Akt des Staatsterrorismus
- Brandstifter des polnischen Internets. Wer unterstützt die Operation des russischen Geheimdienstes GRU mit dem Codenamen „Ghostwriter“

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

60. Jahrestag des Briefes polnischer Bischöfe an deutsche Bischöfe. Es wird kein politisches Wunder geben



Quelle: Grzegorz Celejewski / Agencja Wyborcza.pl

Von **Beata Maciejewska**

Ein Brief polnischer Bischöfe an deutsche Bischöfe aus dem Jahr 1965 leitete den Versöhnungsprozess zwischen den beiden Ländern ein. An den Gedenkfeiern wird jedoch nur eine kleine Delegation von Politikern aus Polen und Deutschland teilnehmen.

Die Feierlichkeiten beginnen am Dienstag am Denkmal für Kardinal Bolesław Kominek, den Initiator des Briefes polnischer Bischöfe aus dem Jahr 1965. Dieser Brief enthielt den Satz, der in der Volksrepublik Polen für Aufruhr sorgte: „Wir vergeben und bitten um Vergebung.“ Anlass für den Brief war das tausendjährige Jubiläum der polnischen Taufe. Die Bischöfe beschlossen, 56 Bischöfe aus aller Welt, darunter auch die deutschen, zur Teilnahme an den Feierlichkeiten einzuladen. 34 polnische Bischöfe unterzeichneten den Brief.

Hochrangige Vertretung polnischer und deutscher Bischöfe

Am Dienstag [18. November] wird in der Kathedrale St. Johannes der Täufer in Breslau die Messe vom Präsidenten des polnischen Bischofs, Erzbischof Tadeusz Wojda, zelebriert, die Predigt hält der Präsident der deutschen Bischofskonferenz, Bischof Georg Bätzing.

Von der Kanzel der Kathedrale sagte Erzbischof Bolesław Kominek vor Jahren zu den Kritikern des Briefes: „Wer sich der Versöhnung der polnischen Nation mit der deutschen Nation entgegenstellt, greift die polnische Staatsräson an.“

Eine große Delegation von Kirchen-Würdenträgern beider Länder wird in Breslau erwartet. Erzbischof Adrian Galbas, Metropolit von Warschau, und Kardinal Grzegorz Ryś, Metropolit von Łódź, werden

voraussichtlich teilnehmen. Kardinal Rainer Maria Woelki, Metropolit von Köln, reist aus Deutschland an. Die Anwesenheit des Apostolischen Nuntius, Erzbischof Antonio Filipazzi, unterstreicht die Bedeutung der Zeremonie zusätzlich.

Unseren Informationen zufolge begannen die Vorbereitungen für die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Botschaft der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe bereits vor über einem Jahr und verliefen von Anfang an nicht reibungslos. Die deutsche Bischofskonferenz hatte sich eine stärkere Beteiligung der polnischen Seite an der Organisation der Feierlichkeiten in Breslau erhofft.

Im September, zwei Monate vor den Gedenkfeiern, war die Vertretung der Geistlichen beider Seiten noch nicht bekannt gegeben worden. Ungeduldig angesichts der ausbleibenden Reaktion der polnischen Bischöfe erklärten die deutschen Geistlichen, dass sie, falls die Jubiläumsfeierlichkeiten in Breslau nicht stattfänden, ihre eigene Konferenz zum Briefwechsel, die 1965 begonnen hatte, organisieren würden.

Es wird kein politisches Wunder geben, die Präsidenten werden nicht kommen

Die größte Schwierigkeit bestand jedoch darin, eine angemessene Vertretung der Laien auf beiden Seiten zu gewährleisten. Die Konferenz erhoffte sich die Anwesenheit hochrangiger Politiker, vorzugsweise unter Führung der Präsidenten Polens und Deutschlands.

Diese Erwartungen wurden durch das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in Polen und den Sieg von Karol Nawrocki, der im Wahlkampf eine konfrontative Haltung gegenüber Deutschland eingenommen hatte, etwas gedämpft. Seine Hoffnungen wurden jedoch durch seinen Besuch in Berlin Mitte September, wo er Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier traf, endgültig zunichtegemacht. Unseren Informationen zufolge sprach Steinmeier ihn sogar auf die Gedenkfeiern in Breslau an, doch Nawrocki schwieg dazu.

Insbesondere Breslau hoffte auf ein Treffen mit dem Präsidenten. Frank-Walter Steinmeier hat Wurzeln in Breslau; seine Mutter verließ die Stadt im Januar 1945, als die Belagerung der Festung Breslau immer näher rückte, und kehrte nie zurück. Für Steinmeier wurde die Lippe in Westfalen zu seiner kleinen Heimat, doch Breslau war in seinem Elternhaus oft Gesprächsthema. Er erinnerte sich auch daran, dass er dank der Erfahrungen seiner Familie wusste, was Flucht und Vertreibung, ein Neuanfang und Wiederaufbau für einen Menschen bedeuteten.

Polnische Delegation ohne offiziellen Verantwortlichen für Deutschland

In der Endphase wurden Versuche unternommen, den scheidenden Marschall Szymon Hołownia zur Organisation der Feierlichkeiten einzuladen, doch auch diese Versuche blieben erfolglos. Schließlich wird die polnische Seite durch den stellvertretenden Außenminister Wojciech Zajączkowski im Rang eines Staatssekretärs vertreten sein.

Zajączkowski, der die polnische Politik gegenüber Afrika, dem Nahen Osten, Osteuropa und Lateinamerika koordiniert, ist innerhalb des Ministeriums nicht einmal dem deutschen Referat unterstellt. Henryka Mościska-Dendys ist für diesen Bereich zuständig, wird aber nicht in Breslau anwesend sein.

Deutschland wird durch Knut Abraham, den Beauftragten der Bundesregierung für die Zusammenarbeit mit Polen, und Botschafter Miguel Berger vertreten sein. Der polnische Koordinator für die Zusammenarbeit mit Deutschland wird nicht in Breslau anwesend sein, da das Auswärtige Amt diese Position im Sommer überraschend abgeschafft hat. Das Auswärtige Amt hat unsere Anfrage, ob es die Position wieder einführen will, nicht beantwortet.

Eine verpasste Gelegenheit für eine große Internationale Feier

Unsere Gesprächspartner, die an der Organisation der Feierlichkeiten beteiligt sind, verbergen ihre Enttäuschung darüber nicht, dass es in Breslau keine höherrangige politische Vertretung geben wird.

„Wir hatten die Möglichkeit, ein großes nationales Fest zu veranstalten und die Beziehungen zwischen den beiden Ländern hervorzuheben. Und es entpuppte sich als eine lokale Veranstaltung“, sagt eine unserer Quellen.

Ein anderer verteidigt die Feierlichkeiten und behauptet, sie würden dennoch größer ausfallen als die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Briefes der polnischen Bischöfe. Damals sei das Konferenzprogramm nicht so umfassend gewesen und die Delegation hochrangiger Kirchenvertreter beider Länder kleiner.

„Die Situation wird von hochrangigen Geistlichen auf beiden Seiten gerettet. Es hätte jedoch viel schlimmer kommen können“, schließt unser Gesprächspartner.

In der Frage der Versöhnung mit Deutschland erhält die polnisch-katholische Kirche selbst mitunter widersprüchliche Signale. Offiziell erkennt sie jedoch die Bedeutung der Botschaft an. Als der emeritierte Bischof Wiesław Mering diesen Sommer in Jasna Góra erklärte: „Wir werden von Leuten regiert, die sich Deutsche nennen“ und Waław Potocki zitierte [es geht um das Sprichwort „Solange die Welt sich dreht, wird ein Deutscher nicht der Bruder eines Polen sein.“], reagierte der Breslauer Erzbischof Józef Kupny entschieden. Auf dem X-Portal schrieb er: „In Breslau bevorzugen wir statt ‚Solange die Welt sich dreht, wird ein Deutscher nicht der Bruder eines Polen sein‘ die Aussage: ‚Wir vergeben und bitten um Vergebung.‘ Wir feiern das Jahr der Versöhnung. Wie passend ist da doch die Botschaft der polnischen Bischöfe an die deutschen, die Kardinal Kominek verfasst hat!“

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75399,32401922,60-rocznica-listu-biskupow-polskich-do-niemieckich-cudu-politycznego.html#s=S.TD-K.C-B.5-L.1.duzy>



www.mleczko.pl

*Streitet euch nicht darüber, wer von euch zuerst da war,
denn am Anfang war das Wort*

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

AfD-Politiker: Die Polen seien die „Afroamerikaner Europas“. In Polen ein Sturm der Entrüstung, in Deutschland kennt ihn niemand



© AGENCJA wyborcza.pl

Agencja Wyborcza.pl

Von **Michał Kokot**

Während Donald Tusk und Jarosław Kaczyński sich gegenseitig beschuldigen, wer von ihnen der Verbündete der AfD sei, profitiert davon nur der Autor des Kommentars. Bislang kannte ihn kaum jemand.

Der sich als Fabian Keuble ausgebende Nutzer der Plattform X veröffentlichte vor zwei Tagen (18.11.) einen Beitrag, auf den sich erst am Donnerstag (20.11.) ein Sturm auf der höchsten politischen Ebene in Polen entlud.

Tusk an Kaczyński, Nawrocki und Mentzen: „Ich schäme mich für euch!“

„Die Polen betrachten sich einfach als ein großes, bemitleidenswertes Opfer der europäischen Geschichte. Opfersein als nationale Identität. Sie sind einfach die Afroamerikaner Europas“, schrieb ein „Fabian Keuble“ vor zwei Tagen als Antwort auf den Beitrag eines anderen Nutzers (höchstwahrscheinlich polnischer Herkunft), der daran erinnerte, dass Polen während der Teilungen für 123 Jahre von der Landkarte Europas verschwand und später von Deutschland angegriffen wurde.

Unerwartet äußerte sich am Donnerstag Premierminister Donald Tusk zu der Sache und schrieb: „Meine Herren Nawrocki, Kaczyński und Mentzen! Die Führer der von euch so geliebten deutschen Partei AfD haben gerade erklärt, dass die Polen die Afroamerikaner Europas mit einem ewigen Opferkomplex seien, dass wir eine größere Bedrohung als Russland darstellten und dass wir Deutschland um ihr Land beraubt hätten. Ich schäme mich für euch.“

Die Angelegenheit kommentierte auch Kaczyński (oder eher jemand, der sein Konto verwaltet), der schrieb, dass dies ein weiteres Zeichen des sehr „frischen“ Patriotismus von Premierminister Tusk sei. „Es

ist, als würde man sagen, dass der Führer meiner Lieblingspartei einmal behauptet habe, Polentum sei etwas Abnormales... Für beides habe ich keine Sympathie.“

„Fabian Keuble“: Polen eine weitaus größere Bedrohung für Deutschland als Russland

Am Donnerstag begannen die Medien auch, andere Beiträge von „Fabian Keuble“ ins Gedächtnis zu rufen, der vor einer Woche den öffentlichen Auftritt von Tino Chrupalla, dem Co-Vorsitzenden der AfD, im öffentlich-rechtlichen Fernsehen kommentiert hatte. Chrupalla sagte, dass Polen eine Gefahr für Deutschland darstelle, weil es einen Mann, der des Sprengens der Nord-Stream-Gaspipeline verdächtigt wird, nicht ausliefern wolle.

„Chrupalla hat natürlich recht und sich dabei schon sehr diplomatisch ausgedrückt. Denn objektiv betrachtet ist Polen tatsächlich eine weitaus größere Bedrohung für Deutschland als Russland oder irgendjemand sonst“, schrieb „Fabian Keuble“.

Und dann fügte er hinzu, dass Polen „Terroristen schützt“ und dass „kein Tag vergeht, an dem in der polnischen Politik nicht Worte voller Hass gegenüber Deutschland fallen“.

„Fabian Keuble“: ein Phantom, das nicht existiert

Wer ist der Mensch, dessen Beiträge auf der Plattform X von den Medien und den wichtigsten Politikern Polens aufgegriffen werden? Ein „Fabian Keuble“ existiert nicht.

Es handelt sich um das Pseudonym eines Aktivisten der sächsischen AfD-Jugendorganisation, der eigentlich „Fabian Küble“ heißt. In Deutschland ist er nahezu unbekannt. In der Lokalzeitung gibt es einen einzigen Hinweis darauf, dass er im Netz rassistische Äußerungen getätigt hat. Außerdem veröffentlichte er einen sexistischen Beitrag über eine Aktivistin der Grünen.

Küble, derzeit AfD-Politiker, bekleidet keine öffentliche Funktion. In der Vergangenheit war er Aktivist der Jungen Alternative (JA), die im letzten Jahr ihre Rolle als Jugendorganisation der Partei verlor. Dies geschah, nachdem sich herausgestellt hatte, dass die Mutterpartei keine Kontrolle über sie hat (und der deutsche Verfassungsschutz sie als rechtsextrem einstuft).

Es hat mich nur wenige Minuten Internetrecherche gekostet, herauszufinden, wer „Fabian Keuble“ wirklich ist. Die Schlagabtausche unter den wichtigsten Politikern Polens dauern seit Donnerstagmorgen an. Das sagt mehr über das Niveau der polnischen Debatte und die unbegründeten Phobien und Ressentiments der Polen gegenüber Deutschland aus als über die Deutschen selbst.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75399,32413746,polityk-afd-polacy-to-afroamerykanie-europy-w-polsce-burza.html#s=S.TD-K.C-B.2-L.1.duzy>

Wie Polen in Deutschland sich in die extreme Rechte verliebten: „Sie werden uns nichts tun“



Quelle: [Jakub Włodek / Agencja Wyborcza.pl](#)

Von **Rafał Górski**

Die Zustimmung zu Alternative für Deutschland unter in Deutschland lebenden Polen ist von 4 auf 33 Prozent gestiegen. Die Polen sympathisieren zunehmend mit der Gruppe, die offen über Rückwanderung und deutsche ethnische Identität spricht.

[...]

„Ich lebe in einem kleinen Dorf und spüre das politische Klima täglich. Wir haben eine sehr rechtsgerichtete Jugend. Sie ist begeistert von der AfD-Ideologie. Ihr Gerechtigkeitsempfinden wächst. Es gibt erhebliche Bildungslücken, denn es ist schwierig, einer ganzen Gruppe etwas Neues beizubringen, wenn einige die Sprache von Grund auf lernen müssen“, sagt Natalia Engelmayer, eine Polin, die seit 13 Jahren in Deutschland lebt.

Laut einer Ende September veröffentlichten Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, die die Wahlpräferenzen von Menschen mit Migrationserfahrung in Deutschland um die Jahrtausendwende 2024/2025 untersuchte, einschließlich derjenigen ohne Wahlrecht, hegt die polnische Diaspora rechtsgerichtete und konservative Präferenzen.

Die rechtsextreme AfD wurde von jedem dritten Menschen (33 %) mit polnischer oder doppelter Staatsbürgerschaft gewählt. Dies ist deutlich höher als die durchschnittliche Zustimmung für die Partei, die derzeit deutschlandweit bei 28 % liegt.

Das Ergebnis zeigt einen dramatischen Wandel in den Ansichten der sogenannten Polnischstämmigen – im Jahr 2019 gaben rund 4 % der Befragten zu, die einwanderungsfeindliche Partei zu unterstützen.

Die AfD ändert ihre Rhetorik und wächst

Der Wandel in der polnischen Unterstützung für die AfD fällt mit einem Wandel innerhalb der Partei zusammen, die versucht, ihre ideologischen Grundlagen zu verschleiern. Im Herbst 2017 trat die Alternative für Deutschland bei den Bundestagswahlen mit einem Programm an, das ihr den dritten Platz und 12,5 Prozent der Stimmen einbrachte.

Die Parteilinie zielte damals auf neofaschistische und ultrarechte Wähler ab, und zu den Hauptforderungen gehörten: der Austritt aus der Europäischen Union, die Einführung eines Rassennachweises (keine deutsche Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Kinder), die Erklärung, dass Homosexualität verfassungswidrig sei, die Einschränkung der Medienfreiheit (Bekenntnis zur kulturellen Souveränität des Staates – keine „politisch korrekte“ Kunst und Kultur) und die Anhebung des Rentenalters auf 72 Jahre.

Acht Jahre später war keine dieser Forderungen erfüllt. Bei den vorgezogenen Wahlen Anfang 2025 behielt die von Alice Weidel geführte Partei zwar ihre europa- und einwanderungsfeindliche Rhetorik bei, milderte ihren Ton jedoch deutlich ab. Führende Politiker vermieden es fortan, sich zu nationalsozialistischen Ansichten zu äußern. Dadurch erreichte die Partei mit rund 20 Prozent der Stimmen den zweiten Platz.

Ich treffe Maciej Wolak, einen Polen, der seit 20 Jahren in Deutschland lebt, in Nürnberg. Er erwartet mich im monumentalen Jugendstilgebäude des Hauptbahnhofs – dem einzigen Teil des Gebäudes, der den Zweiten Weltkrieg überstanden hat. Und selbst 80 Jahre später ist die Tragödie des Krieges noch immer spürbar. Die Innenstadt war fast vollständig zerstört, und nach dem Krieg bauten die Deutschen sie mühsam wieder auf. Einige Nürnberger Gebäude wurden im mittelalterlichen Stil rekonstruiert, andere, vor allem Wohnhäuser, entsprachen den Gegebenheiten der späten 1940er und frühen 1950er Jahre.

Das Ergebnis ist ein Gewirr unansehnlicher Betonklötze, durchsetzt mit modernen Bürogebäuden und Bauwerken, die sich an das reiche Erbe der bayerischen Gotik anlehnen.

Die Straßenbahnlinie 8 bringt uns zum Reichsparteitagsgelände, dem Versammlungsort der NSDAP, wo die Parteitage den Charakter eines Führerkults annahmen. Die massiven, von Albert Speer, dem offiziellen Architekten des Dritten Reichs und späteren Kriegsminister, entworfenen Gebäude liegen heute in Trümmern und erinnern an das höllische Schicksal Nazideutschlands. Doch die Partei, die mit Hitlers Diktatur sympathisiert, gewinnt zunehmend an Einfluss.

„Deutschland ist stark polarisiert; man kommt hier nicht um die Politik herum. Ich höre oft von Polen, dass die Grenzen geschlossen werden müssten. Sie betrachten dieses Land als ihr eigenes, aber sie haben immer noch die Mentalität, die wir in Polen Ende der 1990er-Jahre hatten. Wenn die AfD von Grenzüberschreitungen und Migrantenfeindlichkeit spricht, denken sie, es ginge sie nichts an“, sagt Maciej.

Die Jugend in Deutschland radikalisiert sich

Maciej Wolak war vierzehn, als seine Familie nach Deutschland zog. Heute ist er Ende vierzig, arbeitet als Schweißer, ist mit einer Deutschen verheiratet und hat zwei zweisprachige Kinder.

„Als wir hierher zogen, war es eine völlig andere Welt. Farbenfroh, offener und toleranter. Wir mussten das lernen und wollten es auch, denn wir haben gesehen, dass Ehrlichkeit ausreicht, um sich ein anständiges Auskommen zu sichern, selbst auf der untersten Stufe der sozialen Pyramide“, sagt er.

„Ist das denn nicht mehr so?“, frage ich.

„Es ist definitiv schwieriger geworden. Die Preise in den Läden steigen. Vergangenes Jahr konnte man auf dem Nürnberger Markt noch für zwei Euro einen Kaffee trinken, heute kostet er vier Euro mehr. Das merkt man ganz deutlich. Und die Nationalisten haben immer eine einfache Lösung parat und schieben die Schuld auf andere. Der Rest ist irrelevant, denn die Leute sind zwar politisch aktiv, aber nicht wirklich daran interessiert“, sagt er.

„Mein älterer Sohn ist fast so alt wie ich damals, als ich hierherkam. Er ist einem griechischen und einem libanesischen Jungen am ähnlichsten. Propaganda sickert in die Schule ein; der Junge kommt nach Hause und sagt, die AfD habe recht. Ich frage ihn, ob er will, dass seine Freunde abgeschoben werden, und er antwortet, dass sie auch AfD-Anhänger seien. Das ist das Schlimmste“, erklärt Maciej.

Bei der letzten Bundestagswahl stimmten 21 Prozent der 18- bis 24-Jährigen und 24 Prozent der 25- bis 35-Jährigen für die AfD. Laut einem Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) ist eine wachsende Zahl rechtsextremer Jugendgruppen in Deutschland von der Ideologie der Partei durchdrungen. Das BfV geht davon aus, dass die meisten dieser Gruppen als neonazistisch einzustufen sind.

Nach einer vierjährigen Überprüfung stufte dieselbe Behörde die AfD als rechtsextreme Gruppierung mit extremistischer Ausrichtung ein. In der Erklärung wurde auf das in der Partei vorherrschende „ethnische Nationalverständnis“ hingewiesen, das mit einer auf den Prinzipien der Freiheit beruhenden demokratischen Ordnung unvereinbar sei.

Laut Rolf Frankenberger vom Institut für Rechtsextremismus Forschung der Universität Tübingen treten rechtsextreme Gruppen zunehmend auch in ländlichen Gebieten in Erscheinung. Der deutsche Inlandsnachrichtendienst gab eine Warnung heraus, in der er die potenzielle Gewaltgefahr durch junge Rechtsextremisten als hoch einstufte.

Natalia Engelmayer lebt im kleinen Finningen, einem malerischen Dorf mit knapp 2.000 Einwohnern, 50 Kilometer nördlich von Augsburg. Mit 19 Jahren verließ sie Polen. Sie packte einfach ihren Rucksack und brach ins Ungewisse auf. Heute ist sie Ehefrau, Mutter und Erzieherin und unterrichtet Vorschulkinder. „Unsere Gemeinde ist klein, und die Jugendlichen sind sehr rechtsgerichtet. Ich war schockiert von den Parolen, die sie riefen – sehr fremdenfeindlich. Aber als ich die Gelegenheit hatte, mit ihnen zu sprechen, sagten sie mir zuerst: ‚Keine Sorge, du gehörst zu uns.‘“, erinnert sie sich.

„Die AfD nutzt die Tatsache aus, dass Deutschland bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu viele Aufgaben übernommen hat und die Wirtschaft nicht mehr mithalten kann. Die Menschen machen sich Sorgen um sich selbst. Sie fragen sich, ob sie sich überhaupt noch etwas leisten können“, behauptet sie.

Nach 13 Jahren fühlt sie sich in Deutschland zu Hause. Sie gibt zu, ein Unbehagen verspürt zu haben, als Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine im Dorf ankamen.

„Als sie ankamen, eilten alle herbei, um ihnen zu helfen, so ist das eben in unserer Gemeinschaft. Sie bekamen Wohnungen und Sozialleistungen. Drei Wochen später organisierte die Gemeinde ein Integrationstreffen. Einer von ihnen, der Familienvater, sagte, er würde keine Arbeit suchen, weil es sich nicht lohne“, erinnert sie sich. „Er sagte es ganz unverblümt. Als die Einheimischen das hörten, fühlten sie sich hintergangen. Solche Dinge werden an die Medien durchgestochen und dann politisch instrumentalisiert.“

Die AfD zwinkert den Polen in Deutschland zu

Die Alternative für Deutschland ist sich bewusst, dass die polnische Minderheit fast zwei Millionen Menschen und damit potenzielle Wähler umfasst. Daher nimmt sie gelegentlich Rücksicht auf sie. 2022 engagierte sich die Partei im Streit um die Finanzierung des Polnischunterrichts als Muttersprache in Deutschland. Damals legte sie dem Bundestag einen Entschließungsentwurf zur Pflege guter Beziehungen zu Polen vor. Dieser Entwurf sah die Einrichtung eines Fonds zur Finanzierung von Polnischkursen und der Ausbildung polnischer Lehrkräfte in Deutschland vor. Der Entwurf scheiterte, und der Bundestag beschloss eine andere Lösung, die fünf Millionen Euro für den Polnischunterricht als Muttersprache vorsah. Als sich die Auszahlung der Fördermittel verzögerte, setzte die AfD die Regierung unter Druck. „Dies fand breite Resonanz in der polnischen Diaspora“, erzählt mir Monika aus Augsburg.

Augsburg, die drittgrößte Stadt Bayerns nach München und Nürnberg, wird auch als das deutsche Venedig bezeichnet. In der Maximilianstraße, der Hauptstraße der Stadt, befinden sich die Brunnen aus dem 16. Jahrhundert, die Herkules, Merkur und den Stadtgründer Octavian August darstellen.

Wir befinden uns mitten in der letzten dieser Brunnen. Es ist Sonntag, der 26. Oktober, und seit drei Tagen finden in ganz Deutschland Massenproteste gegen die Äußerungen von Bundeskanzler Friedrich Merz statt. Knapp zwei Wochen zuvor hatte er auf die Frage eines Journalisten nach dem wachsenden Zuspruch für die AfD erklärt, dieser sei die Folge einer früheren Vernachlässigung der Migrationspolitik, die seine Regierung nun korrigiere.

„Aber natürlich haben wir dieses Problem immer noch im städtischen Raum, und deshalb versucht der Innenminister derzeit, Abschiebungen in großem Umfang durchzuführen“, sagte er.

Die Linke, die Merz' Annäherung an rechtsextreme Forderungen und seine Billigung einwanderungsfeindlicher Politik befürchtete, forderte eine Entschuldigung. Doch der Kanzler ruderte nicht nur nicht zurück: Am 20. Oktober bekräftigte er seine Position und mobilisierte damit die Deutschen zu Protesten auf den Straßen.

„Fragen Sie Ihre Kinder, Ihre Töchter, Ihre Freunde und Bekannten. Sie alle werden Ihnen bestätigen, dass dies [in den Städten] ein Problem ist. Spätestens nach Einbruch der Dunkelheit“, sagte die deutsche Bundeskanzlerin.

Monika kam mit deutschen Freunden zu der Demonstration. Ihre Freundin Eva, eine lokale Künstlerin, hielt ein Transparent mit der Aufschrift „Mit Alice und Friedrich gibt es kein Wunderland“. Weitere Transparente zeigten den deutschen Bundeskanzler von der AfD. Ein Mann mit einer Merz-Maske ging mit dem Spruch „So muss Stadtbild“ durch die Menge. Auf dem höchsten Mast in der Mitte des Platzes wehte die „FCK AfD“-Flagge.

„Merz hat Frauen verärgert, weil es eine Lüge ist, dass wir Angst vor Migranten hätten, die nachts durch die Straßen unserer Städte laufen. Wir haben Angst vor allen Männern.“, sagt Monika.

Sie erklärt, dass es derzeit ein erhebliches Problem mit der Sicherheit von Frauen in Deutschland gebe, aber die Schuld dafür den Migranten zuzuschreiben, sei ein zu einfacher Weg.

„Die Vorstellung, dass Frauen nur kochen sollten und kein Mitspracherecht haben, verbreitet sich immer mehr. Und diese Stimmen kommen nicht von Migranten, sondern nur von Deutschen, die sich zunehmend radikalisieren“, argumentiert sie.

Sie fügt hinzu, dass sie eher von einem Mann aus dem Nahen Osten lüstern angeschaut werde als von einem Weißen, aber es seien deutsche Männer, die häufiger wahllos sexualisierende Bemerkungen über Frauen machten.

„Darüber wird aber nicht gesprochen. Merz wiederholt lieber die Rhetorik der AfD und gibt zu, dass sie Recht haben, obwohl sie im Unrecht sind“, sagt er.

„Es geht nicht um uns“ – das Missverständnis von Polen in Deutschland über die AfD

Barbara, die ich nach der Messe in einer polnischen Kirche in Augsburg traf, sieht die Sache ganz anders. Sie ist seit 25 Jahren mit Bayern verbunden, hat einen ausgeprägten deutschen Akzent und streut im Gespräch immer wieder deutsche Ausdrücke ein, aber sie besteht darauf, dass sie auf Polnisch denkt und träumt. Sie behauptet, die AfD wolle ein zerfallendes Deutschland wiederaufbauen.

„Deutschland war wirtschaftlich früher deutlich stärker als Polen, aber Polen holt jetzt auf, weil es nicht in Migranten ertrinkt, sondern sich weiterentwickelt. Hier stagniert alles aufgrund einer übermäßig liberalen Politik. Deshalb ist ein Wandel nötig“, argumentiert sie.

„Aber Sie sind doch auch eine Migrantin“, sage ich. „Ich nicht mehr, es geht um die Neuen, die nicht arbeiten wollen und einfach Sozialhilfe beziehen“, antwortet sie.

Als ich sie frage, ob sie die Sozialhilfe selbst bezogen habe, weist sie mich mit einem tadelnden Blick ab. Ich komme auf die Alternative zu sprechen und frage nach Alice Weidel und ihrer berühmten Grafik für die Ausgabe 2023 von X, in der sie den Begriff „Mitteldeutschland“ verwendete, um die Ergebnisse einer Umfrage zur Unterstützung der Partei in der ehemaligen DDR zu kommentieren. Es handelte sich um eine

revisionistische Anspielung auf die historische Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Ich frage auch nach der Sympathie der Partei für Putins Russland, das in die Ukraine einmarschiert ist und Polen bedroht.

„Das ist eine Geschichte für Deutsche, nicht für Polen. Wir sollten es halbieren, besser noch vierteln, und uns ansehen, was in unserem eigenen Land passiert. Wir werden eher von einer Migrationswelle überrollt, als unter der Politik der AfD zu leiden“, behauptet sie.

„Die AfD hat keine einheitliche Position zu Polen und den deutsch-polnischen Beziehungen. Sie ist in sich widersprüchlich“, sagte Bastian Sehnhardt vom Deutschen Institut für Polnische Angelegenheiten in Darmstadt gegenüber der „Gazeta Wyborcza“. Er betont, dass die AfD sowohl die deutsch-polnischen Beziehungen als auch Polen als Instrument betrachte.

„Momentan ist es am lukrativsten, mit der polnischen Rechten zusammenzuspielen, und alle negativen Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen in den Hintergrund zu verdrängen. Deshalb setzt die AfD derzeit auf die Re-Emigration in arabische Länder, die bei der polnischen Rechten und einigen in Deutschland lebenden Polen auf fruchtbaren Boden stößt“, erklärt er.

Er weist darauf hin, dass AfD-Politiker, wenn es ihnen passt, sich kritisch gegenüber Polen äußern, was in den Grenzgebieten zu Polen zu beobachten sei.

„Ich höre immer wieder Geschichten von der polnisch-deutschen Grenze, von der deutschen Seite, zum Beispiel aus Görlitz. In Hotels wurde ein Freund gefragt, ob er Zimmer für Polen buchen wolle, weil der Hotelbesitzer das nicht gutheiße. Solche Vorfälle häufen sich. Die AfD schürt ein Klima der Fremdenfeindlichkeit, und das wirkt sich bereits auf Migranten aus Polen aus. Ich will damit nicht sagen, dass das die konsequente Politik der AfD ist, aber diese Partei schafft eine Atmosphäre, in der sehr antipolnische Ressentiments wieder aufleben“, räumt er ein.

„Polnische Auswanderer sind in Deutschland im Allgemeinen sehr gut integriert und gehen daher davon aus, dass die Forderung der AfD nach ‚Rückwanderung‘ sie nicht betrifft. Wie das Beispiel der USA gezeigt hat, kann diese Annahme falsch sein. Mit dem richtigen Druck von oben konzentriert sich die Abschiebungsbehörde auf ‚legale Migranten‘, da deren Aufenthaltsort, Arbeitsplatz und Dokumente bekannt sind. Es genügen formale Fehler, kleinere Unstimmigkeiten usw., und sie können problemlos abgeschoben werden, anstatt dass man sich die Mühe macht, ‚illegale Migranten‘ aufzuspüren, die in Wirklichkeit Kriminelle sind – und genau deshalb besitzen sie keine Dokumente, und es ist unbekannt, wo sie leben und arbeiten“, sagt Klaus Bachmann, Politikwissenschaftler und Historiker mit Schwerpunkt auf europäischer Integration.

Er betont, dass die Alternative kein Verfechter der Rechtsstaatlichkeit sei. Ihre Politiker behaupten häufig, dass die nach 2015 erworbene deutsche Staatsbürgerschaft nicht respektiert werde. „Ohne Rechtsstaatlichkeit können Massenabschiebungen im Rahmen der Rückwanderung auch Staatsbürger betreffen. Man muss ihnen nur das Recht auf Staatsbürgerschaft entziehen, und das war's“, sagt er. Er fügt hinzu, dass der Gedanke „Das geht uns nichts an“ ein Fehler sei, den Einwanderer auf der ganzen Welt begehen. „Sie gehen davon aus, dass Abschiebungen sie nicht betreffen, und manchmal befürworten sie diese sogar, genau wie viele Latinos Trump unterstützt haben. Und am Ende wendet sich der Staat auch an sie“, warnt er.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75399,32392591,polska-diaspora-w-szponach-afd-dlaczego-polacy-w-niemcech.html#s=S.index-K.C-B.1-L.2.duzy>

Sikorski im Sejm: Der russische Militärgesheimdienst GRU heuert regelmäßig unter falscher Flagge Söldner an. Es handelte sich um einen Akt des Staatsterrorismus



Quelle: [Agencja wyborcza.pl](https://www.agencjawyborcza.pl)

Von Katarzyna Jaroch

„Vor wenigen Tagen griffen ausländische Geheimdienste ein und hätten damit möglicherweise einen Zugunfall mit vielen Toten verursacht. Ein ausländischer Staat habe gut ausgebildete Saboteure entsandt, und wie durch ein Wunder sei eine Katastrophe verhindert worden“, sagte Radosław Sikorski im Sejm. Der Außenminister kündigte den Entzug der Betriebsgenehmigung für das russische Konsulat in Danzig an.

Radosław Sikorski sprach im Sejm über diplomatische Schritte, die er unternehmen will, um die Auslieferung von Personen, die des Terroranschlags auf die Eisenbahn verdächtigt werden, nach Polen zu erreichen.

Sikorski: „Dies war ein Akt des Staatsterrorismus mit der klaren Absicht, menschliche Opfer zu verursachen. Unsere Antwort wird mehr als nur diplomatisch sein; wir werden sie in den kommenden Tagen bekannt geben.“

Der polnische Außenminister erklärte, der russische Militärgesheimdienst GRU engagiere regelmäßig Söldner, um unter falscher Flagge „schmutzige Geschäfte“ zu erledigen. Verschärft werde dies durch eine Flut von Desinformationen.

Sikorski: Russlands GRU heuert regelmäßig Auftragnehmer für verdeckte Operationen an, um schmutzige Geschäfte zu erledigen

Sikorski verglich die russischen Sabotageakte in Polen mit der aktuellen politischen Lage im Land. Während seiner Rede verließen einige Abgeordnete der PiS den Saal.

„Während des Unabhängigkeitsmarsches in Warschau wurde die Flagge der Europäischen Union verbrannt, und Präsident Nawrocki erwähnte in seiner Rede weder die russische Aggression noch die Bombardierung Kiews, sondern erklärte stattdessen, dass ‚einige polnische Politiker bereit seien, die polnische Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität stückweise an ausländische Organisationen der Europäischen Union abzutreten‘. Einen Tag später weigerte sich der Präsident, Richter zu ernennen, die es wagten, EU-Recht anzuwenden“, sagte Sikorski.

„Ich kann solchen Worten und Taten nicht gleichgültig gegenüberstehen“, fuhr der Außenminister im Sejm fort. „Nicht die EU-Mitgliedschaft führt zu einem Verlust der Souveränität, sondern im Gegenteil – nur dank der Befreiung vom kommunistischen Joch und der Wiedererlangung der Souveränität konnten wir der Europäischen Union beitreten. Die Ukraine weiß das, während sie darum kämpft, dem russischen Einfluss zu entkommen und sich westlichen Institutionen anzuschließen. Auch Sie wussten das einst!“

Sikorski wandte sich an die Abgeordneten: „Glauben Sie wirklich, Brüssel würde Panzer schicken, um uns zur Verwendung standardisierter Handy-Ladegeräte zu zwingen? Wie viele Bomben hat Brüssel auf London abgeworfen, um die Briten für den Brexit zu bestrafen und sie zur Rückkehr zu zwingen? Stellen Sie sich vor, was geschehen wäre, wenn wir während der kommunistischen Ära versucht hätten, den Warschauer Pakt zu verlassen? Russische Panzer hätten uns überrollt, wie sie es 1956 mit den Ungarn oder 1968 mit den Tschechen getan haben. So sieht eingeschränkte Souveränität aus.“

Der stellvertretende Ministerpräsident betonte, dass der Angriff auf das polnische Eisenbahnnetz uns zwingt, zu entscheiden, wer unser Verbündeter und wer unser Feind ist. Er räumte ein, dass dies Vorstellungskraft und Ernsthaftigkeit erfordere.

„Ist der Feind ein Brüsseler Beamter, der Zahlungen an Polen aus Wiederaufbau- oder Verteidigungsfonds prüft? Oder vielleicht ein deutscher Soldat, der gerade in Rzeszów eine Patriot-Batterie im Dauerdienst bedient? Vielleicht eine ukrainische Verkäuferin, die ihr verdientes Geld ihrem Mann oder Freund an die Front schickt? Oder die tapfer kämpfende Ukraine? Oder vielleicht die polnische Regierung, die vom Rest Europas als Bollwerk des Widerstands gegen Putin betrachtet wird? Nein. Der Feind sind diejenigen, die Saboteure zu uns geschickt haben, um Polen zu ermorden“, betonte der Außenminister.

„Gewalt und Krieg sind furchtbar, aber sie schärfen den Verstand, prägen moralische Entscheidungen und verändern die Haltung. Jeder muss selbst entscheiden, wie er in Erinnerung bleiben will. Manche von uns werden von unserem Land als wahre Patrioten, andere als Schurken in Erinnerung bleiben. Manche werden über sich hinauswachsen, andere werden an ihren Reifeprüfungen scheitern. Auf manche werden wir stolz sein, auf andere beschämt. Mögen wir alle weise wählen“, sagte er.

Außenminister: Der PiS-Vorsitzende hat den Vertrag von Lissabon ausgehandelt, und heute verflucht er Brüssel

Sikorski merkte an, dass sich die EU im Laufe der Zeit verändert habe und die „nationalistische Seite“ argumentiere, dass dies nicht mehr die Union sei, der wir beigetreten seien. Er bestätigte, dass die Union seit unserem Beitritt im Jahr 2004 ihre Arbeitsprinzipien geändert habe und heute nach den Regeln des Vertrags von Lissabon von 2007 arbeite.

„Dies ist keine fremde Anmaßung, sondern Teil unserer polnischen Rechtsordnung, über die hier im Parlament abgestimmt wurde. Jarosław Kaczyński hatte nicht den Mut, mir zuzuhören, aber er hat diesen Vertrag ausgehandelt. Und seine Ratifizierung wurde vom Präsidenten der Republik Polen, Lech Kaczyński, bestätigt“, bemerkte der Außenminister.

Er fragte, ob dies die polnischen Politiker seien, die „in den Worten von Präsident Nawrocki unsere Souveränität verkauft haben?“

Er wandte sich erneut an den Vorsitzenden der PiS : „Wenn Sie nun, Herr Vorsitzender, der Meinung sind, dass Sie schlecht verhandelt haben oder dass Ihr Bruder dieses Dokument nicht hätte unterzeichnen sollen, dann sollten Sie, anstatt gegen Brüssel zu wettern, vielleicht zuerst bei den Polen entschuldigen?“, fragte der Außenminister.

Sikorski: Ich widerrufe meine Zustimmung zum Betrieb des Konsulats in Danzig

Auf einer Pressekonferenz im Anschluss an seine Rede im Sejm teilte der Außenminister den Journalisten mit, dass er das letzte noch in Betrieb befindliche russische Konsulat in Polen, in Danzig, schließe. „Wir planen nicht, die diplomatischen Beziehungen abubrechen, genauso wenig wie andere Länder, die Opfer russischer Sabotageakte geworden sind, dies tun“, erklärte er.

Wie er bereits angekündigt hatte, bedeutet die Schließung des Konsulats in Danzig nicht das Ende der polnischen Maßnahmen gegenüber Russland. Weitere Schritte werden derzeit auf Regierungsebene erarbeitet.

In den kommenden Tagen wird der Chef des polnischen Außenministeriums mit dem NATO-Generalsekretär sprechen und an einem Treffen der EU-Außenminister teilnehmen, bei dem er sie über den aktuellen Kenntnisstand der polnischen Dienste bezüglich Terroranschlägen russischer Dienste auf polnischem Territorium informieren wird.

Saboteure wollten einen Zug auf der Strecke Warschau-Lublin zum Entgleisen bringen

Zur Erinnerung: Am Sonntag, dem 16. November, meldete ein Intercity-Lokführer auf der Bahnstrecke zwischen Warschau und Lublin, in der Nähe des Bahnhofs Mika, nahe dem Dorf Życzyn, dem Fahrdienstleiter „Gleisunebenheiten“. Die Gleise seien angeblich beschädigt und teilweise unterbrochen gewesen.

Wie sich herausstellte, hatte sich an dieser Stelle einige Stunden zuvor eine Explosion auf den Gleisen ereignet. Erste Ermittlungen deuteten auf einen Terroranschlag hin – jemand hatte Sprengstoff platziert. Laut „Gazeta Wyborcza“ befanden sich drei Sprengsätze auf den Gleisen, einige Dutzend Zentimeter voneinander entfernt. Zwei detonierten wie von den Saboteuren geplant, der dritte versagte, sodass die Züge die beschädigten Abschnitte passieren konnten, ohne zu entgleisen.

Laut „Gazeta Wyborcza“ enthielten die Sprengsätze Zünder, an denen die Saboteure ein mehrere hundert Meter langes elektrisches Kabel befestigten. Am anderen Ende befand sich ein elektrischer Auslöser.

Dies deutet darauf hin, dass die Saboteure bereits vor Ort waren – sie verzichteten auf einen Zeitzünder oder eine Funkzündung. Unser Gesprächspartner vermutet, dass sie ganz offensichtlich auf die Entgleisung des Zuges warteten, die sie vermutlich filmen wollten.

Donald Tusk: „Eine gewisse Grenze wurde überschritten“

Wie Ministerpräsident Donald Tusk am Dienstag im Sejm bekannt gab, steckten zwei ukrainische Staatsbürger hinter diesem Sabotageakt. Einer von ihnen wurde im Mai dieses Jahres von einem Gericht in Lwiw wegen Sabotageakten in der Ukraine verurteilt. Der andere ist Einwohner des Donbass.

Tusk erklärte, die Saboteure hätten im Auftrag des russischen Geheimdienstes gehandelt. Der Premierminister beauftragte Außenminister Radosław Sikorski mit der sofortigen Einleitung diplomatischer Maßnahmen zur Auslieferung der Verdächtigen des versuchten Terroranschlags nach Polen, sowohl an die belarussischen als auch an die russischen Behörden.

„Eine Grenze wurde überschritten. Dies ist vielleicht die schwerwiegendste Situation für den polnischen Staat seit dem Ausbruch des umfassenden Krieges in der Ukraine“, erklärte der Premierminister.

Zsfg.: JP

Brandstifter des polnischen Internets. Wer unterstützt die Operation des russischen Geheimdienstes GRU mit dem Codenamen „Ghostwriter“



Quelle: Igor Morski

Von **Piotr Gluchowski**

„Es geht denen nicht darum, viel anzuzünden und in die Luft zu jagen, sondern viel darüber zu schreiben“, verrät ein Offizier des polnischen Inlandsgeheimdienstes ABW. Wer steckt hinter den Tausenden anti-ukrainischen Beiträgen im polnischen Internet?

„Seit einem halben Jahr habe ich das Gefühl, dass die Polen uns schlechter behandeln“, sagt mir Natalia Panczenko, die Anführerin der ukrainischen Diaspora in Polen, Vorsitzende der Warschauer Stiftung ‚Stellen wir uns auf die Seite der Ukraine‘ und Organisatorin des Marsches ‚Ukrainer danken den Polen‘, an dem noch vor drei Jahren 20.000 Menschen teilgenommen haben. „Heute gäbe es keine so hohe Beteiligung mehr“, bedauert sie. „Ist in Polen etwas zerbrochen, ist etwas zu Ende gegangen?“ „Ganz eindeutig, ja. Kürzlich wurde in der Dreistadt ein ukrainisches Auto angezündet, es gab mehrere Übergriffe mit nationalistischem Hintergrund, und die böswilligen Diebstähle von Nummernschildern ukrainischer Autos nehmen zu. Das hat sich während des Präsidentschaftswahlkampfes verstärkt, als rechte Kandidaten die Präsenz der Ukrainer in Polen als Problem bezeichneten. Und diese falsche Diagnose setzt sich leider durch.“

Die Russen können schließlich nicht unter eigener Flagge anschuldigen

Allein zwischen April und Juli dieses Jahres wurden im polnischsprachigen Internet fast 95.000 anti-ukrainische Beiträge veröffentlicht, die über 32 Millionen Menschen erreichten (laut einer Studie des Vereins Demagog und des Instituts für Medienbeobachtung).

„Das sind moderne Söldlinge und nützliche Idioten“, sagt mir über die Autoren dieser Posts Professor Andrzej Nowak, Konservativer und PiS-Anhänger, Autor der bislang sechsbändigen ‚Geschichte Polens‘.

„Als Söldlinge würde ich jene bezeichnen, die Geld aus Moskau nehmen. Als nützliche Idioten dagegen diejenigen, die Russland nicht als Bedrohung wahrnehmen. Ich bedaure, dass es viele solche Personen in der Rechten gibt.“

„Sie befinden sich hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich, bei den Rechten“, meint die Europaabgeordnete der Linken, Joanna Scheuring-Wielgus. „Euroskeptiker, Gegner von Migration, Impfungen, Abtreibung und LGBT-Bewegungen haben sich zu einem großen, bislang noch unbenannten Milieu zusammengeschlossen, gemeinsam mit Antisemiten, weißen Suprematisten, Feinden der derzeitigen ukrainischen Regierung und Fans Wladimir Putins. Dieses Milieu wird natürlich von Russland gesteuert. Was schon längst kein Geheimnis mehr ist. Die Operation des Hauptnachrichtendienstes der Russischen Föderation (GRU) trägt den Codenamen ‚Ghostwriter‘ und läuft laut einer Mitteilung des polnischen Kommandos der Cyberverteidigung mindestens seit dem Jahr 2016 im Netz, mit dem Ziel, unter anderem die Störung der polnisch-ukrainischen Beziehungen; die Diskreditierung der von Polen geleisteten Hilfe für die Ukraine; die Schaffung von Bedingungen für den Ausbruch sozialer Unruhen in der Republik Polen.“

Im Folgenden beschreibe ich eine Operation innerhalb der Operation. Durch von Russland angeworbene Ukrainer organisieren die russischen Dienste Sabotageakte auf unserem Staatsgebiet, und mithilfe polnischer Akteure schüren sie die Überzeugung, dass hinter den Bränden, Brunnenvergiftungen und beschädigten Eisenbahnschienen das Interesse einer illoyalen ukrainischen Diaspora stehe, die uns in den Krieg hineinziehen wolle.

Diese „polnischen Hände“ (auf den Tastaturen) gehören manchmal zu anonymen Internetnutzern, manchmal zu Personen, die unter ihrem eigenen Namen auftreten. Unter ihnen finden sich Anhänger von Grzegorz Braun (und er selbst), ein Slowake, der auf Polnisch schreibt, sowie ein Dozent der von Pater Tadeusz Rydzyk geführten Toruner Hochschule, der „Juden-Skeptiker“ Stanisław Michalkiewicz, der am 17. November im Portal Niezależny Lublin erklärte, dass die zwei Tage zuvor erfolgte Sprengung der Bahnstrecke Warschau–Dęblin „das Werk der Ukraine“ sei.

Er ist nicht der Einzige. Am 18. November untersuchte das Institut Res Futura 14.000 Internetbeiträge zu diesem Sabotageakt. Das Ergebnis: In 42 Prozent der Posts „wurden die Ukrainer als Nation beschuldigt“. „Oft taucht dabei die These auf, ihre Handlungen hätten einen Vergeltungs- oder Provokationscharakter gehabt, angeblich mit dem Ziel, Polen in einen direkten Konflikt mit Russland hineinzuziehen.“ Anti-ukrainische Beiträge und Videos wurden sowohl von älteren Facebook-Nutzern als auch von jüngeren, die auf TikTok unterwegs sind, verbreitet.

„Ohne solche Leute hätte die Operation keinen Sinn, denn die Russen können die Ukrainer schließlich nicht unter eigener Flagge beschuldigen; ihre Glaubwürdigkeit in Polen ist gleich null, und das wissen sie sehr genau“, sagt mir ein ABW-Offizier aus Pommern. Dann erklärt er, worum es geht. „Fabriken und Lagerhäuser brennen in diesem Herbst genauso wie vor zehn Jahren. Im vergangenen Jahr gab es in Polen über hunderttausend Brände, in diesem Jahr wird es ähnlich sein. Und die Brandstiftungen, hinter denen hundertprozentig die Russen stehen, kann man an einer Hand abzählen. Es geht also nicht darum, viel anzuzünden und in die Luft zu jagen. Statistisch schaden selbst fünf abgebrannte Hallen der polnischen Wirtschaft als Ganzem nicht. Wichtig ist, dass viel über diese Vorfälle geschrieben wird. Die Leute sollen anfangen zu überlegen: Sind das nicht vielleicht die Bandera-Ukrainer? Weil jemand ihnen einflüstert, dass es so sei. Das ist das Ziel der Operation, nicht die physische Zerstörung, sondern das Säen von Misstrauen gegenüber der ukrainischen Minderheit. Nach unserem Kenntnisstand ist dabei derzeit die wichtigste Hebelwirkung die Plattform X.“

Die bereits erwähnte Untersuchung von Demagog und dem IMM ergab, dass 90 Prozent der anti-ukrainischen Veröffentlichungen im polnischen Netz tatsächlich auf der ehemaligen Plattform Twitter erscheinen.

„Das Mädchen mit den Zündhölzern“

„Die Russen starten Desinformationsoperationen gewöhnlich auf Grundlage von Phänomenen, die tatsächlich stattgefunden haben, deren Interpretation sich aber manipulieren lässt“, erklärt mir weiter Panczenko, die im Alltag sowohl Druck zur Verschärfung der antirussischen Sanktionen organisiert als auch Aktionen inszeniert, etwa die Übergabe der Schuhe eines in Mariupol ermordeten Kindes an den deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz. In diesem Fall war das „eine reale Begebenheit“, ein Interview von Frau Panczenko, das sie im Februar dieses Jahres dem Kiewer Fernsehsender Kanal 5 gegeben hatte. Sie warnte dort vor dem Schüren zwischenethnischer Spannungen an der Weichsel. „Die Polen werden eingeschüchtert durch arbeitslose Ukrainer, die Sozialleistungen beziehen“, sagte sie. „Das Anheizen eines solchen Antagonismus ist enorm gefährlich. Denn auf polnischem Gebiet werden dann Kämpfe beginnen, Brandanschläge auf Geschäfte, Häuser und so weiter ... „Ich meinte damit Brandanschläge gegen Ukrainer, wie den absichtlich ausgelösten Brand im Zentrum Ukrainische Welt in Warschau im Jahr 2015“, sagt sie mir. „Meine Worte wurden jedoch falsch übersetzt, aus dem Kontext gerissen, manipuliert und in eine Drohung gegen die Polen verwandelt. Und das ist doch Unsinn: Ich soll den Polen auf Ukrainisch in einem ukrainischen Kanal gedroht haben?“ Tatsächlich ist das Unsinn, aber aus Kreml-Perspektive erwiesen sich die von einer antirussischen Ukrainerin ausgesprochenen Worte über mögliche Brandanschläge in Polen als propagandistischer Glücksfall.

Das Portal wPolityce.pl (Brüder Karnowski – damals noch im Einvernehmen) machte Panczenkos manipulierte Aussage sofort öffentlich, und der ehemalige Kommunist und Premierminister Leszek Miller, um einen Kommentar gebeten, erklärte, die Frau müsse festgenommen und abgeschoben werden. Ich wollte Miller fragen, woher diese Wut komme, doch als ich ihm per SMS erklärte, worum es ging, war der Politiker nicht mehr erreichbar.

Neben ihm forderte auch der Abgeordnete der Konföderation, Krzysztof Szymański, vom Rednerpult im Sejm, die Ausweisung Natalias aus Polen. Rechte Portale wie Kresy.pl, Dorzeczy.pl oder Polonia Christiana 24, dessen Herausgeber der Verein für christliche Kultur ist, das Gründungsorgan von Ordo Iuris, gingen noch weiter als die Brüder Karnowski: Sie verbanden die Äußerung der Aktivistin mit tatsächlich in letzter Zeit entfachten Bränden. Seitdem, also seit dem Frühjahr, werden nach jedem Sabotageakt Stimmen laut, die die Schuld der ukrainischen Diaspora zuschreiben.

Beispiele: Als in der letzten Oktoberwoche Hallen eines Möbelbetriebs in Sadowo in Schlesien und in Elbląg fast vollständig eine Müllsortieranlage abbrannten, veröffentlichte die Konföderation der Krone Polens von Grzegorz Braun online ein Banner: „Das Mädchen mit den Zündhölzern“. Zu dem Bild von Natalia Panczenko, dargestellt vor der ein Jahr zuvor abgebrannten Warschauer Messehalle Marywilka 44 und zusätzlich in die ukrainische Flagge gehüllt, erschien der Slogan: „Schluss mit den ukrainischen Drohungen!“ (...)

Saboteure: ein kleiner Schmuggler, ein Taxifahrer, ein Seemann...

Der Brand der Messehalle in Warschau Białoleka (12. Mai 2024, Sprengladung ferngesteuert per Handy), ebenso wie der frühere Brand im OBI an der Radzymińska-Straße (14. April 2024, dieselbe Brandstiftungsmethode), geht auf das Konto einer mindestens siebenköpfigen Gruppe, die von einer „festgestellten Person auf dem Gebiet der Russischen Föderation“ geleitet wird (Zitat aus der Mitteilung der Staatsanwaltschaft). Nach Angaben meines Gesprächspartners von der ABW handelt es sich dabei um einen Offizier des militärischen Nachrichtendienstes GRU, was auch Panczenko bestätigt.

Sechs Mitglieder der oben genannten Gruppe waren Ukrainer, wobei keinem nachgewiesen werden konnte, selbst das Feuer gelegt zu haben. Die ersten drei sind: Serhij R., 27 Jahre alt, kinderlos, ledig, Fitnessstudio-Besucher, der sich in Polen zwischen seinen Seereisen auf Diskotheken vergnügte; Pawło T., 40 Jahre alt, Taxifahrer, tätig für eines der Warschauer Unternehmen; schließlich Władysław I., 28 Jahre alt, ohne Beschäftigung in Polen, der nach Ausbruch des Krieges zunächst mit seiner Frau nach Russland zog und dann an die Weichsel zurückkehrte. Dort wurde er gefasst.

Alle drei stammen aus der russischsprachigen Gemeinschaft, die im kurzzeitig von Russland besetzten Teil von Cherson lebt. Sie wurden bereits zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, freiwillig unterwarfen sie sich den Strafen wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Gruppe mit sabotageterroristischem Charakter“ sowie wegen der Hilfe bei der Flucht des vierten Ukrainers, Serhij Chałyj, der wahrscheinlich die Koordination der Aktion übernommen hatte. Chałyj, in der Ukraine vorbestraft, hatte in Polen weder festen Wohnsitz noch Arbeit. Er ist ledig und hat in den letzten sechs Jahren mehrfach die polnisch-ukrainische Grenze überschritten, wobei er im Handel tätig war. Auch er stammt aus dem russischsprachigen Teil der Oblast Cherson.

Der fünfte Ukrainer, heute in Russland untergetaucht, Ołeksandr Warywoda, wurde als derjenige identifiziert, der den Auftrag zur Brandstiftung aus Moskau brachte. Sein Landsmann Daniłło B. (noch nicht verurteilt, befindet sich in litauischer Haft im Zusammenhang mit der Brandstiftung Geschäfts von IKEA in Vilnius) filmte laut Plan den Brand selbst sowie die am nächsten Tag durchgeführte Nachlöschaktion mit dem Handy und schickte die Aufnahmen an die russischen Auftraggeber als Nachweis der Ausführung. Über das siebte Mitglied der Gruppe konnte ich erfahren, dass es sich um einen Belarussen handelt, der vor einigen Jahren als politischer Flüchtling in Polen aufgenommen wurde. Er heißt Sciapan, stellte sich aber auf Ukrainisch als Stepan K. vor. Er arbeitete in Warschau als Fahrer und war derjenige, der die entzündliche Flüssigkeit zusammen mit dem Zünder im OBI an der Radzymińska platzierte, anschließend den nächtlichen Brand filmte und das Video nach Russland schickte. Er wurde festgenommen, es droht ihm lebenslange Haft. Erst nach seiner Inhaftierung und Überprüfung stellte sich heraus, dass er, angeblich vom Lukaschenko-Regime verfolgt, mehrfach von Polen nach Russland gereist war, was unseren Sicherheitsdiensten zuvor entgangen war. (...)

Martin Demirov, Witold Gadowski, Grzegorz Braun...

Aus einer aktuellen Meinungsumfrage des Instituts SW Research geht hervor, dass bereits über 60 Prozent der Polen die Serie von Bränden in unserem Land als „Ergebnis gezielter, die Staatsstabilität unterminierender Aktionen“ betrachten. Ich habe diejenigen sortiert, die dafür sorgen, dass diese Aktionen den Ukrainern zugeschrieben werden, nach der Reichweite, die sie auf Plattform X erzielen:

Martin Demirov (2,7 Millionen Reichweite laut IMM) gibt sich auf X als „Slowake, der sich für Polen interessiert“ aus. Auf der Plattform Ukraińsko-Polska Medialna Platforma (Upmp.news) lese ich, dass „die Aktivitäten dieses Bloggers auf Facebook und TikTok blockiert wurden, er aber jedes Mal seine Seiten in anderen Netzwerken wiederherstellte“. Heute ist er auf Elon Musks Plattform aktiv, wo er über 20.000 Follower hat. „Demirov identifiziert Ukrainer und Anhänger Stepans Banderas als Nazis“, schreibt die Upmp.news-Autorin Maria Pawluk. „Am alarmierendsten ist die Tatsache, dass sich auf seiner Seite viele Inhalte befinden, die eine professionelle Vorbereitung erfordern“, und „höchstwahrscheinlich von Spezialisten erstellt wurden, was bedeutet, dass ein Team daran arbeitet“. Fazit: Das Profil von Martin Demirov sollte als „Desinformationsprojekt“ einer Gruppe prorussischer oder russischer Autoren betrachtet werden. (...)

Witold Gadowski ist ein weiterer anti-ukrainischer Internetakteur, gemessen an der Reichweite (2,5 Millionen laut IMM). Der über sechzigjährige ehemalige Journalist von TVN und TVP und zuletzt Kolumnist bei Radio WNET, der „Gazeta Polska“ und „Niedziela“, ist ein verbissener Gegner der verpflichtenden COVID-Impfungen und Mitglied des Komitees für den Bau eines Denkmals mit einem Neugeborenen, das auf einem Dreizack (ukrainisches Wappen) aufgespießt ist und in der Podkarpackie-Ortschaft Domostawa steht. Beim letzten Unabhängigkeitsmarsch drückte er sich leidenschaftlich an Grzegorz Braun. (...)

Grzegorz Braun belegt unter den Gegnern der Ukraine den dritten Platz nach Reichweite (700.000 Follower auf X laut IMM). Bereits zwei Monate nach der russischen Aggression gegen Kiew veröffentlichte er einen offenen „Appell für Frieden in Mitteleuropa“, den die Medien von rechts bis links als „proputinistisches Machwerk“ bezeichneten.

Noch als Abgeordneter im polnischen Parlament organisierte er Parlamentssitzungen und Straßenkundgebungen unter dem Motto „Stoppt die Ukrainisierung Polens“, riss blau-gelbe Flaggen von staatlichen Gebäuden und vom Kościuszko-Hügel. Er reiste zu vom Kreml finanzierten Veranstaltungen der

deutschen AfD und nach Russland, wo er sich mit dem verdächtigten Spion für Moskau, dem ehemaligen Journalisten Leonid Swirydow, traf. Später bürgte er vor Gericht für den ebenfalls des Spionageverdachts beschuldigten polnischen Politiker Mateusz Piskorski, dessen Prozess noch läuft. Brauns Beiträge auf X werde ich nicht weiter zitieren. Zu den von ihm am häufigsten genutzten Hashtags gehören #StopBanderyzacjiPolski und #PolskaZaPokojem. (...)

Rechnungen sollten wir erst nach der Niederlage Putins ausstellen

Die anti-ukrainischen Stimmungen nehmen tatsächlich zu. Laut einer Studie des CBOS geben in diesem Jahr erstmals mehr Polen Abneigung als Sympathie gegenüber Ukrainern an. Das Verhältnis beträgt 38 zu 30 Prozent. Der Rest ist indifferent.

„Es wird nur schlimmer werden“, prognostiziert Grzegorz Rzeczkowski, Journalist und Direktor des Zentrums für Desinformationsforschung am Collegium Civitas. „Einerseits die Konföderierten, andererseits russische Einflussagenten, die 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche eine anti-ukrainische Erzählung streuen, gegen die die polnischen Behörden und NGOs völlig machtlos sind. Wo sind die Informationskampagnen, die die Vorteile aufzeigen, die mit unserer Unterstützung der Ukraine verbunden sind? Warum berichtet niemand über das Wachstum des BIP und die Steuereinnahmen, die wir den ukrainischen Unternehmen verdanken?“ „Irgendwas, wird irgendwo darüber berichtet.“

Und Ehre denen, die darüber schreiben, doch die pro-ukrainische Botschaft muss ununterbrochen fließen, so wie ununterbrochen russische Trolle die gegenteilige Botschaft streuen. Wir dürfen auf keinen Fall zulassen, dass sich die Polen von Kiew abwenden und wenn man die Studien liest, sind wir dem schon sehr nahe. Wenn wir Parteien wie die Konföderation wählen, die den Plan Russlands in die Tat umsetzen würden, also die Hilfe abschneiden, wird die Ukraine fallen. Und dann sind wir als Nächstes dran, denn Putin wird nicht stoppen ... das ist völlig klar. Die Ukrainer kämpfen für uns und bluten, der Rest ist weniger wichtig. Rechnungen sollten wir erst nach der Niederlage Putins ausstellen.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/duzyformat/7,127290,32411348,podpalacze-polskiego-internetu-kto-wspiera-operacje.html#s=S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [Agencja Wyborcza.pl](https://www.agencjavyborcza.pl/)

„Im Auftrag des Ministerpräsidenten erkläre ich, dass Sie, wenn Sie sich antieuropäisch äußern, nicht die Position Polens vertreten, sondern nur Ihre eigene und die Ihrer Kanzlei. Nicht einmal die Ihrer Wähler, denn Sie sind ja nicht unter dem Motto *Polexit* angetreten.“

Radosław Sikorski zu Präsident Karol Nawrocki

Quelle: <https://tvn24.pl/polska/sikorski-do-nawrockiego-w-antyunijnych-wypowiedziach-nie-reprezentuje-pan-stanowiska-polski-st8759348>

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

tagesschau.de

Warum Nawrocki die Beförderung von Richtern blockiert

<https://www.tagesschau.de/ausland/richter-polen-justizwesen-100.html>

juedische-allgemeine.de

Auktion von Besitztümern von NS-Opfern abgesagt

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/auktion-von-besitztumern-von-ns-opfern-abgesagt/>

vaticannews.va/deD/

Polen: Katholiken feiern historischen Briefwechsel

<https://www.vaticannews.va/de/kirche/news/2025-11/deutschland-polen-briefwechsel-versoehnung-zweiter-weltkrieg.html>

tagesschau.de

Regierung geht von Sabotageakt auf Bahnstrecke aus

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-sabotage-explosion-bahngleise-100.html>

jungewelt.de

Nawrocki will mehr

<https://www.jungewelt.de/artikel/512359.nawrocki-will-mehr.html>

tagesspiegel.de

Deutsch-Polnisches Barometer: Sympathien der Polen für Deutsche auf Rekordtief

<https://www.tagesspiegel.de/internationales/deutsch-polnisches-barometer-sympathien-der-polen-fur-deutsche-auf-rekordtief-14860148.html>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Malgorzata Nierhaus